

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Kollegen, sammelt allerorts Beiträge zum Streikfonds!

Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten von Aachen, Altenburg, Arnstadt, Baunen, Gießen und Stade. Waggonfabrik Rathgeber in München.

Gestrichen wird in Altenburg, und Gießen.

Sperren wurden verhängt in Bremen über die Werkstätten: Sanders, Röhl u. Sohn; in Düsseldorf, Werkstätte Blumberg u. Witte; in Ludwigshafen a. Rh., Werkstätten Adler u. Wolff und G. Wingerter; in Naumburg a. S., Werkstätte Namstädter.

Volkshochschulen.

In den letzten Tagen hielt die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ ihre 30. Hauptversammlung in Heidelberg ab, auf der zum ersten Male über die Errichtung von Hochschulkursen fürs Volk verhandelt wurde. Die Gesellschaft ist im Jahre 1871, kurz nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges, gegründet worden und verfolgt nach ihren Statuten den Zweck, „der Bevölkerung, der durch die Volksschulen im Kindesalter nur die Grundlagen der Bildung zugänglich gemacht worden sind, dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie dadurch in höherem Maße zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in der Gemeinde und der Gesellschaft zu erfüllen“. Diese Absicht, jedem Volksgenossen den Zutritt zu den Geistes- und Kulturschäeken der Nation zu erleichtern, ist ohne Zweifel sehr loblich, und zwar um so löslicher, je mehr der heutige Staat seine Pflicht, die Volksbildung zu fördern, vernachlässigt. Das Leben stellt heutzutage höhere Anforderungen an den Menschen, als vor 50 Jahren und andererseits wird der Mangel an Bildung von dem Einzelnen viel schmerzlicher empfunden, als dies einstmals der Fall war.

Leider hat der moderne Kulturstaat, wie er sich so gern nennt, für alle anderen Zwecke eher Geld übrig, als für die Volksbildung; in einer Zeit, in welcher der Land- und Wasser-Militarismus ungezählte Millionen verschlingt, fehlt es an den nötigen Mitteln für Kultuszwecke; hin und wieder lässt sich allerdings ein Regierungsvertreter herbei und gibt einige bildungsfreudliche Redensarten zum Besten, mit denen man jedoch keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann. Von dieser richtigen Erkenntnis ausgehend, versucht die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ diese Lücke auszufüllen; sie wendet sich in einem Aufrufe „an jeden Freund deutscher Bildung und Gestaltung, wozu Glaubens und Standes er auch sei und welcher politischen Richtung er auch angehöre, an Jeden, der die Gemeinsamkeit der geistigen Interessen anerkennt und den einseitig materiellen Richtungen die gemeinsame Kulturschäke und die gemeinsame Kulturarbeit unseres Volkes entgegenstellen will.“ Ferner heißt es in dem Aufrufe: „Zu unserer Zeit ist die Bedeutung der geistbefreienden Mächte so groß gewesen, wie in unseren Tagen. Wenn die Parteien in heftigem Kampfe sich befähigen, so muss das, was die Geister eint, um so stärker hervorgehoben werden.“

Das klingt sehr gut und schön, aber wenn man das heutige Getriebe beobachtet, wo auf materiellem Gebiete der nackte Gruppenegoismus und auf geistigem Gebiete die Reaktion ihre Orgien feiert, so muss man unwillkürlich an der Durchführbarkeit dieses Programmes starke Zweifel hegen. Dennoch aber soll die Absicht, welche den Bildungsstreben zu Grunde liegt, durchaus nicht ge-

tadelt werden; wir erkennen auch gern an, daß in der Bildungsfrage noch viel gethan werden muß, glauben aber kaum, daß die Vertreter der einseitig materiellen Interessen große Lust verspüren werden, für eine durchgreifende Bildung des Volkes einzutreten. Junkerthum und Unternehmerthum suchen das Volk in der Dummheit zu erhalten und pfeifen auf die „geistbefreienden Mächte“ der Gegenwart. Immerhin ist es gut, daß einzelne Vertreter der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Klassen“ hin und wieder einen Anlauf nehmen, um das Gewissen ihrer Klassengenossen aufzurütteln.

Auf der Versammlung in Heidelberg sprach Universitätsprofessor Dr. Nein aus Jena über „Hochschulkurse fürs Volk“ und führte Folgendes aus: „Die Kraft einer Nation ruht in ihrer geistigen und materiellen Kultur. Welchem dieser beiden Gebiete der Vorrang gebührt, ist eine strittige Frage. Die Vererbung geistiger und materieller Güter ist ungleich; die ersten lassen sich nur durch eigene Arbeit in Besitz nehmen. Natürliche und künstliche Schranken verhindern die gleichmäßige Vertheilung der geistigen Güter. Auf der höheren und mittleren Stufe besteht ein künftiger Bildungsgang bis zum Eintritt in den Beruf, auf der unteren Stufe leider nicht. Hier gilt es zu ergänzen und auszubauen. Dem wird von gewisser Seite, angeblich im Interesse des Arbeiters selbst, in Wirklichkeit aber wohl aus egoistischen Gründen, widersprochen. Eine Rückverschiebung der Volksbildung ist aber unmöglich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die allgemeinen Wehrpflicht, das allgemeine Wahlrecht verlangen gebieterisch eine Erweiterung derselben.“

Was haben nun,“ so fragt Nebner, „Gesellschaft, Staat und Kirche für die Fortbildung der arbeitenden Klassen gethan? Die allgemeine obligatorische Fortbildungsschule ist in Preußen noch ein frommer Wunsch. Auch die Kirche hat nur in bescheidenem Umfang an der sittlichen Bildung der Jugend zu arbeiten vermocht. Etwas mehr ist seitens der Gesellschaft durch freiwillige Bildungsseinrichtungen geschehen. In diese Arbeit sind neuerdings auch die Universitäten eingetreten. Ist dieses Vorgehen der Universitäten zu billigen? Aufgabe der deutschen Universitäten ist die wissenschaftliche Forschung und die Lehre. Letztere bedarf einer weiteren Ausdehnung auf die im praktischen Leben stehenden Volkskreise. Die Universität tritt damit in lebhafte Beziehung zum Leben, auch ergibt sich eine vorzügliche Gelegenheit zur pädagogischen Schulung der jüngeren Dozenten. Unzutreffend ist der Einwand, daß die Hochschulkurse Halbildung verbreiten. Sie schulen die Denkfraft und rufen damit geistige und sittliche Kräfte wach. Neben einer Reihe von Universitäten sind die Humboldtakademie in Berlin und viele Volksbildungsvereine in dieser Richtung thätig. Es ist nötig, daß Arbeitsgebiet zwischen diesen Organen sachgemäß zu begrenzen. Die geringe Beteiligung der Arbeiterschaft an den Kursen hat sowohl wirtschaftliche als politische Gründe (lange Arbeitszeit, unzureichende Löhne, das durch die Führer genährte Misstrauen). Trotzdem wird die Bewegung, die nicht künstlich hervorgerufen ist, weitergehen, und es ist eine Pflicht der Universitäten, daran mit ganzer Kraft teilzunehmen.“

Der Korreferent, Stadtrath Dr. Fleisch aus Frankfurt a. M., führt aus, daß die Volkshochschulkurse angebracht seien, soweit es sich um eine Vermehrung des Wissens handle, wo aber soziale und künstlerische Zwecke in Frage kämen, müßten Vereine spezieller Art eintreten; man müsse den breitesten

Schichten des Volkes nicht nur den Sinn des Wissens erschließen, sondern auch durch Erfahrung von Kunstsammlungen, durch Veranstaltung von Volkskonzerten und volksthümlichen Unterhaltungsabenden usw. auf das Gemüth und den Kunstsinn wirken. In der Debatte berichtete noch Redakteur Habenstein aus Mannheim über die von Heidelberger Professoren eingerichteten Mannheimer Hochschulkurse, bei denen die Arbeitnehmerschaft zu 70 % aus Industriearbeitern besteht und wo die Sozialdemokratie eifrig und in gutem Einvernehmen mit anderen Kreisen sich beteiligt habe. Das vielfach bestehende Misstrauen sei in Dem, was früher geschehen, vollständig begründet. Wenn man von den Arbeitern eine Schwächung des Klassenbewußtseins der Arbeiter erwarte, so wünsche er als Sozialdemokrat diesen Erfolg nicht; um diesen Preis würde er seine Mitwirkung versagen müssen.

Die Ausführungen dieses Redners geben dem Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Ritter, Gelegenheit, seinen Standpunkt zu dieser Frage klar zu stellen. Er betonte, daß die von ihm geleitete Gesellschaft jedem Arbeiter den Zutritt zu den Geisteskräften der Nation erleichtern wolle, doch dürfe die Bildungssache niemals Parteiarbeit werden, sondern müsse eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger bleiben; die Gesellschaft für Volksbildung könne die Ungleichheit des Besitzes nicht beseitigen, durch eine allgemeine Steigerung des Volksvermögens könne die Lage der Arbeiter verbessert werden; die Sozialdemokratie scheine den gemeinsamen Bildungsveranstaltungen nicht freundlich gegenüber zu stehen.

Der in den letzten Worten liegende Vorwurf ist unserer Meinung nach unzutreffend. Gerade in der Arbeiterschaft, die sich politisch und gewerkschaftlich organisiert hat, lebt ein heisser Drang nach Bildung und nirgends wohl wird so viel für Bildung und Aufklärung gethan, wie in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Allerdings wird hier nicht ein saft- und kraftloser Harmoniedusel gepflegt, sondern die Aufklärungsarbeit soll durch Kritik der heutigen Gesellschaft vielmehr das Klassenbewußtsein der Proletarier wecken. Wir wissen ganz gut, wie groß das Bedürfnis nach Geistes-, Herzens- und Gemüthsbildung ist, wir wissen eben auch, daß das materielle Wohlbefinden der Arbeiterklasse die Grundlage ist, worauf jede Bildung erwächst. In dieser Hinsicht stimmen wir mit dem Referenten überein, wenn er als Hemmnisse der Volksbildung die lange Arbeitszeit und die unzureichenden Löhne bezeichnete. Deshalb gilt es nach zwei Richtungen hin den Hebel anzusetzen. Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und auch gleichzeitig Hebung des Geisteszustandes derselben. Das Eine muß mit dem Anderen Hand in Hand gehen. Das Proletariat wird nicht nur um seinen gerechten Anteil an den materiellen Schäeken betrogen, man verkümmert ihm auch seinen Anteil an dem geistigen Vermögen der Nation und diesem Unrecht muß einmal ein Ende gemacht werden.

Aus diesem Grunde ist es erfreulich, daß auch aus bürgerlichen Kreisen Stimmen laut werden, die das Bildungsmonopol der bestehenden Klassen für überlebt erklären und dem gesamten Volke das Thor der Bildung öffnen wollen. „Bildung macht frei!“ heißt es mit Recht und „Wissen ist Macht!“ Dementsprechend ist es Pflicht eines jeden Kollegen, soweit es in seinen Kräften steht, sich den Bildungsbestrebungen anzuschließen.

Bur Arbeiterschutzgesetzgebung.

Wie sehr es in dieser Beziehung noch in den modernen Kulturstaten mangelt, zeigen nachstehende Andeutungen:

Deutschland kennt eine Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Männer, einen Maximalarbeitsstag, an sich bis jetzt nicht. Wohl hat der Bundesrat die Befugnis, für Betriebe, die mit einer besonderen Gefahr für die Gesundheit verbunden sind, die Arbeit einzuschränken. Von dieser Befugnis ist aber nur in außordentlich seltenen Fällen Gebrauch gemacht worden, z. B. im Bakteriengewerbe. Kinder unter 13 und schulpflichtige Kinder unter 14 Jahren dürfen in Fabriken und im Bergbau garnicht, nicht schulpflichtige höchstens 6 Stunden, mit 1 Stunde Pause, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren höchstens 10 Stunden, mit 2 Stunden Pause, Arbeiterinnen über 16 Jahre höchstens 11 Stunden, an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen höchstens 10 Stunden mit 1 bzw. 1½ Stunde Pause, Wöchnerinnen 4 bis 6 Wochen garnicht beschäftigt werden. Doch lassen diese Gesetze und Verordnungen so viel Ausnahmen zu, daß sie zur völligen Bedeutungslosigkeit herunter sinken. Nacharbeit ist für Kinder, jugendliche und weibliche Arbeiter untersagt. Die Fabrikinspektoren-Berichte zeigen aber, daß sich die Ausbauten nur sehr wenig an diese Bestimmungen lehnen.

In Österreich besteht für Fabriken ein Maximalarbeitsstag für erwachsene Männer von 11 Stunden, ausschließlich der Pausen und Nebenarbeiten. Doch werden unter Umständen Überstunden zugelassen. Im Bergbau beträgt die zulässige Arbeitszeit 12 Stunden, einschließlich Ein- und Ausfahrt, die wirkliche Arbeitszeit 10 Stunden. Doch beabsichtigt die Regierung befürchtlich die gesetzliche Einführung der Neunstundenschicht, die auch kommen wird, wenn die Arbeiter den gehörigen Druck dahinter ziehen. Gewerbliche Arbeit von Kindern unter 12 Jahren und Wöchnerinnen ist verboten. Maximalarbeitszeit ist für Kinder von 12 bis 14 Jahren 12 Stunden, doch ist für diese Fabrikarbeit ganz verboten, ebenso bei schweren Arbeiten für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. In Bergwerken dürfen Kinder unter 14 Jahren unter Tage nicht beschäftigt werden; ebenso junge Leute unter 16 und Mädchen unter 18 Jahren nicht, wenn die Arbeit für ihre körperliche Entwicklung von Nachteil ist. Nacharbeit ist für Kinder, Jugendliche und Frauen verboten.

England hat keine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für männliche Erwachsene, doch kann in ge- gesundheitsschädlichen Betrieben die Arbeitszeit verkürzt werden. Frauen und jugendliche Personen unter 18 Jahren dürfen in Textilfabriken nicht über 10, in der Woche nicht über 5½ Stunden, Kinder von 11 Jahren ab nur halb so lange beschäftigt werden. In anderen Fabriken und Werkstätten beträgt die gesetzliche Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche, in Werkstätten, wo nur Frauen arbeiten, mehr. In häuslichen Werkstätten besteht nur für jugendliche Arbeiter eine Beschränkung. Im Bergbau dürfen Frauen nicht über 54 Stunden die Woche und nicht unter Tage beschäftigt werden. Fabrik- und Werkstättenarbeit für Kinder von 11 bis 13 Jahren ist nur gestattet, wenn sie auch die Schule besuchen.

In der Schweiz beträgt der Maximalarbeitsstag für erwachsene Männer 11 Stunden, an Festtagssvorabenden 10 Stunden, im Transportgewerbe usw. 12 Stunden. Kinder unter 14 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Nacharbeit ist für Frauen und jugendliche Personen unter 18 Jahren verboten. Im übrigen hat die Kantonalgesetzgebung noch manche Einzelheit in Bezug auf die Arbeitszeit geordnet.

In Frankreich beträgt der Maximalarbeitsstag für männliche Erwachsene 12 Stunden, ausschließlich der Pausen, Ausnahmen sind zulässig. Nach einem jüngst erlaubten Gesetze hat die Maximalarbeitszeit für Frauen und Jugendliche 11 Stunden, in 2 Jahren 10½, in 4 Jahren 10 Stunden zu betragen. In gleicher Weise ist auch die Arbeitszeit derjenigen männlichen Arbeiter geregelt, die mit Frauen und Jugendlichen zusammenarbeiten.

In Belgien ist die Arbeitszeit für erwachsene Männer unbeschränkt. Kinder unter 12 Jahren, männliche Arbeiter unter 16 und weibliche unter 21 Jahren dürfen in Fabriken, Bergwerken und gefährlichen Betrieben nicht über 6 Tage oder über 12 Stunden, mit 1½ Stunden Pause, beschäftigt werden, jedoch sind verschiedene Ausnahmen zulässig.

Auch in Holland ist die Arbeitszeit für erwachsene Männer unbeschränkt. Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken, Werkstätten und Haushaltsindustrie nicht, Jugendliche unter 16 Jahren und Frauen nicht über 11 Stunden mit einer Stunde Pause und nicht Sonntags und Nachts beschäftigt werden. Für ungefährliche und gefährliche Betriebe bestehen noch besondere Beschränkungen.

Italien kennt eine Beschränkung nur für Kinderarbeit. In Fabriken und Bergwerken dürfen Kinder unter 9 Jahren nicht, unter 10 Jahren nicht unter Tage, unter 15 Jahren nicht ohne ärztliches Attest, in gewissen gefährlichen Betrieben garnicht, oder nur bis zu acht Stunden verarbeitet werden. Der Maximalarbeitsstag beträgt für Kinder unter 12 Jahren acht Stunden, bei Nacharbeit (für Kinder unter 12 Jahren verboten) für 12- bis 15-jährige sechs Stunden.

In Italien soll die Arbeitszeit für erwachsene Männer in Fabriken u. s. w. nicht über 11½ Stunden, bei Nacharbeit und Samstags nicht über zehn Stunden dauern. Doch werden ziemlich willkürlich Ausnahmen zugelassen. Andererseits sind für ungehobne Industrien weitere Einschränkungen zulässig. Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht, 12- bis 15-jährige höchstens sechs oder acht Stunden beschäftigt werden. Sonntags- und Nacharbeit für Frauen und Personen unter 17 Jahren ist nur gegen Erlaubnis gestattet. In Finnland bestehen noch besondere weitgehende Beschränkungen der Arbeitszeit für Kinder, Jugendliche und Frauen.

In Dänemark, Schweden und Norwegen bestehen keine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Männer, doch steht Norwegen eine Einschränkung für gesundheitsschädliche Betriebe vor, in Bakterienfabriken darf die Arbeitszeit 12 Stunden, einschließlich Pausen, betragen. Kinder dürfen in Dänemark von 10 und in Schweden und Norwegen von 12 Jahren ab beschäftigt werden. Das Schutzzentrum geht bis zu 18 Jahren, und innerhalb dieses Schutzzenters ist die Arbeitszeit außerweise beschränkt bis zu zehn Stunden. Nacharbeit für Kinder und Jugendliche ist verboten.

Die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist also noch ziemlich bedeutungslos und wird noch recht lange so be-

deutungslos bleiben, wenn nicht die Arbeiter selbst etwas mehr Leben in die Bude bringen. Vor Allem ist aber darauf hinzuweisen, daß die Erfolge der Arbeiterschutzgesetzgebung den gewerkschaftlichen Erfolgen sehr weit nachhinken. Bei allem Eifer für die Arbeiterschutzgesetzgebung darf daher die Arbeiterklasse in ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht erschlagen, denn diese bringt immer noch einige Hundert Prozent mehr ein als die Arbeiterschutzgesetzgebung.

Ein alter Schwindel.

Es ist eine weit verbreitete Unsitte des Unternehmertums, bei der Bewerbung um städtische u. c. Arbeiten in den eingereichten Offerten auf die Arbeitslöhne zugleich den eigenen Verdienst und sonstige Auslagen mit aufzuschlagen. Auf diese Weise kommt es auch, daß öfters nach Außen hin über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter gänzlich falsche Darstellungen gebracht werden, während in Wahrheit ganz erbärmliche Zustände an der Tagesordnung sind. Wie oft kann man dies gewahr werden, sobald man auf Privatarbeit sich befindet und es kommt die Rede auf die Lohnfrage. „Ihr Meister verdient wohl fest ein Heldenlohn?“ Im Sommer ist es ja ein ganz schönes Geschäft, wenn nur der Winter nicht wäre, dann heißt es „Meister!“ Diese und ähnliche Redensarten sind wohl jedem einzelnen unserer Kollegen schon zu Ohren gekommen und so mancher mag sich im Stillen gedacht haben: Die Leute haben ganz gut reden, weil sie von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung haben.

Wir halten es für einen Fehler, wenn unsere Kollegen bei derartigen Gelegenheiten nicht mit aller Entschiedenheit gegen solche der Wahrheit widersprechende Meinungen austreten und so selbst indirekt mit dazu beitragen, daß derartige unwahren Gerüchte weiter kursortirt werden.

In unserem eigenen Interesse muß es liegen, dem Publikum über die wahren Zustände in unserm Gewerbe ohne Schminke die Augen zu öffnen, um den landläufigen Redensarten von den hohen Löhnen usw. ein Ende zu machen. Kann sich den Kollegen eine bessere Gelegenheit bieten als wie gerade jetzt? Die Lohnlamppe, die in diesem Jahr stattgefunden haben und zum Theil noch im Gange sind, sprechen deutlicher als es Worte vermögen, wie es in unserem lieben Vaterlande um uns uns bestellt ist. Daß es heutzutage noch so verborgte Menschen gibt, die da glauben, daß die Arbeiter aus Vergnügen freileben, und leider ist es noch eine ganze Zahl, kann den Thatsache nichts ändern, daß die Streiks organisierter Arbeiter das letzte Mittel sind, gegen die bestehenden miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse anzutämpfen.

Wie oft läßt es das Unternehmertum geringfügiger Forderungen wegen zu einem Kampf kommen, während bei gegenseitiger Aussprache in aller Kürze eine beiderseitige Verständigung hätte erfolgen können! Und das Schönste ist noch, daß die erbärmlichsten Bruchbrauter bei den wirtschaftlichen Kämpfen eine gewisse Rolle spielen und sei es nur zum Schreien gegen die unverschämten Forderungen. Dieses Lumpengehindel nun im Verein mit anderen „ehrenwerthen“ Meistern hat ein großes Interesse daran, läugnende Berichte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Deffentlichkeit zu verbreiten, wodurch das Publikum getäuscht und die Rundschau von der Ungerechtigkeit der Gehilfen überzeugt werden sollen. Es ist einleuchtend, daß die Rundschau mit den Meistern Müßiggang nimmt, wenn dessen Leute streiken, der Herr Meister bezahlt ja so wie so schön, „nach seiner Rechnung genommen“, einen anständigen Lohn pro Stunde für den Gehilfen, soll er noch mehr zahlen, dann sind wir die Dummen, die zuletzt bezahlen müssen, sagen sich die Auftraggeber. Ich habe die Erfahrung gemacht, mit welcher fabelhaften Schnelligkeit es mitunter einem Krauter gelingt, die sonst zu Tage getretene Einsicht der Rundschau den Gehilfenverhältnissen gegenüber in das Gegentheil zu verwandeln, sobald eine Lohnbewegung in Aussicht steht. Und wie ging das zu? Ich wurde es bald gewahr. Der alte Schwindel war wieder einmal geplündert. Es wurde mir auf das Bestimmteste versichert, daß der Meister es Schwarz auf Weiß nachgewiesen habe, daß wir Gehilfen einen Lohn empfangen, mit dem wir uns ganz gut ständen und die Herren Meister unter keinen Umständen mehr zahlen könnten. Der gute Mann gab die Versicherung ab, daß er in seinem Geschäft Löhne zu 1 Mark die Stunde bezahle, was aber in der Wirklichkeit eine Lüge war, denn der höchste Lohn war 50 Pfsg. Den Beweis der Wahrheit zu erbringen war ja leicht.

Aus einer präsentierten Rechnung war zu ersehen, daß pro Stunde eines Gehilfen 1 Mark und für einen Lehrling 50 Pfsg. als direkte Auslagen angelegt waren; dazu kamen die Kosten für Material und die übrigen Aufschlagskosten, was pro Tag eine annehmbare Summe ausmachte. Uns könnte es ganz gleichgültig sein, wie hoch die Meister ihre Rechnung aufstellen, aber wenn die Herren noch die Universalität bestehen, zu behaupten, daß in Wirklichkeit solche Löhne gezahlt würden (was wohl der Wunsch aller Kollegen wäre, 1 Mark pro Stunde Lohn), so halten wir es für die Pflicht eines jeden Kollegen, unverblümmt sofort die Wahrheit festzustellen. Vielfach sind uns in dieser Beziehung schon Mittheilungen von Kollegen zugegangen, wie absichtlich in die Deffentlichkeit solche Berichte lanziert werden, zu welchem Zweck ist Jedem einleuchtend.

So kam es vergangenen Woche im Gemeinderath der Stadt Mühlhausen i. G. zu einer äußerst regen Diskussion, als unseres Wissens zum erstenmal in einer kommunalen Verwaltungskugung der Antrag eingebracht wurde: „Der Gemeinderath wolle beschließen: Es ist in den Lasterheften über die Ausführung städtischer Arbeiten eine Klausel aufzunehmen, wonach die Unternehmer verpflichtet sind, den Lohn ihrer Arbeiter in derjenigen Höhe zu zahlen, die sie in ihren eingereichten Offerten selber angegeben haben.“

Der größte Bauunternehmer Mühlhausens, dem etwas heftig zugefechtet wurde, gab zur Entschuldigung an, daß es von jeher üblich gewesen sei, bei den Berechnungen der Submissionsofferten den eigenen Verdienst und die übrigen Ausgaben auf die Arbeitslöhne zu schlagen. Der Antrag kam zur Annahme, daß Bürgermeisteramt möge feststellen, in welchem Verhältnis bei außerkontraktlichen Leistungen die bezahlten Löhne zu den eingereichten Offerten ständen. Es wäre zu wünschen, daß überall gegen diese unehrliche Handlungsweise strikte vorgegangen würde.

Aus unserem Berufe.

Unsere Sohn bewegung.

Augsburg. Seit dem 8. Mai befinden wir uns im Ausstand. Wenn man die hiesigen Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse in Betracht zieht bei einem Durchschnittsalter von bisher 15-17 J. ist die Woche, so kann wohl kein ehrlicher Mensch unsere Forderung als ungerecht bezeichnen. Natürlich bildet die Malerinnung eine rühmenswerte Ausnahme. Wie kann man auch von einer solchen Institution etwas anderes verlangen, wo jede bessere Einsicht durch die Verknöcherung und Verholzung überkommenen Antschauungen vollständig ausgeschlossen ist. Um wenigstens nicht ganz einzuschließen, beschloß die achtbare Malerinnung, bis 1. Juni die Gehilfen auszusperren, oder wie sich die Herren ausdrücken, auszuhängen, und setzte 30 Mr. Konventionalstrafe (Genügsamkeit ist eine Tugend) für den fest, der in der Zwischenzeit einen streitenden Gehilfen beschäftigte. Damit hat die Innungsweisheit ihren Höhepunkt erreicht und alltäglich hört man das schöne Lied bei den Zusammenkünften erschallen: „Wir halten fest und treu zusammen — aber nur 14 Tage, sagten sich später die Vernünftigeren, welche selbst am schwersten darunter zu leiden hatten und bewilligten die Forderungen. Die Konventionalstrafe kam ja beschlossen werden, ob sie aber bezahlt wird, ist eine andere Sache und kann uns nicht kümmern. Gegenwärtig stehen noch 10 Kollegen im Streit. Da sich die Meister bemühen, für ihre bis Pfingsten aufgeschobenen Arbeiten von auswärts Gehilfen zu beziehen, so hoffen wir, daß das Solidaritätsgefühl der Kollegen den Zugang nach hier weiter fernhält, um dadurch unseren gerechten Forderungen zum endgültigen Siege zu verhelfen. Durch den Obermeister werden, wie wir erfahren, 30 Mann in der „Chemnitzer Allgemeinen“ gesucht.

Augsburg. Ein für uns überraschendes Ereignis ist der Ausspruch: „Organisieren Sie sich, meine Herren, damit auch einigermaßen Garantie vorhanden ist, daß Vereinbarungen durchgeführt werden können!“ So die „Meistermeister“ bei den Verhandlungen mit unserer Lohnkommission; wahrlich für die Augsburger Kollegen — organisierte wie nichtorganisierte — die in der öffentlichen Versammlung am 28. Mai durch Abwesenheit glänzten, nicht gerade schmeichelhaft. So weit mußte es also kommen, infolge der beispiellosen Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen, daß die „Meister“ eine derartige Auflösung ergehen zu lassen für notwendig finden, daß die Meister den Indifferenzismus der Gehilfen als schändlich bezeichnen müssen. Beider haben die Herren mit dieser Mahnung ins Schwarze getroffen und zugleich bewiesen, nachdem sie die Schwäche der hiesigen Organisation erkannt haben, daß sie die diejenige auch auszunutzen verstehen. Trotzdem sich die Meister im Hinblick auf den chronischen Arbeitermangel für unfähig erklärt haben, ihre Gehilfen auch nur zum ordnungsgemäßen Einhalten der jetzt bestehenden Arbeitsordnungen anzuhalten, ihrerseits also eine noch weit größere Schwäche beluden, war es der Lohnkommission nicht möglich, angeichts der Thatache, daß nur 35 von 250 am Ort beschäftigten Kollegen in der entscheidenden Versammlung anwesend waren, den Herren etwas abzutrotzen, sie mußte sich vielmehr darauf befrüchten, auf anständige Weise den Rückzug zu decken und zu nehmen, was zu erhalten war. Es wäre ein Leichtes gewesen, die aufgestellten Forderungen zur Anerkennung zu bringen und zwar ohne jede Arbeitsfeinstellung; daß dies nicht gelungen, haben wir unseren eigenen einheimischen Kollegen zu verdanken, die sich auch heute noch nicht überzeugen ließen, daß nur durch gemeinsames Handeln in unserer Organisation etwas zu erreichen ist. Es ist deshalb von besonderem Werth, daß die Auflösung, sich zu organisieren, nun auch von Seiten der Meister erfolgt ist; vielleicht wird die Verwirklichung dieser Auflösung noch besonders beeindruckt durch den Umstand, daß die Meister sich nun auch vereinigt haben und während der Pfingstferientage sogar ein Süddeutscher Meisterverband in München gegründet wurde. Wenn auch das Resultat der Verhandlungen unserer Forderungen nicht entspricht, so ist doch der Beweis geliefert worden, daß unsere Organisation allein es ist, die den Meistern Biegungsfähigkeit abringt kann, und dieselben werden um so größer sein, je stärker unsere Organisation. Unser diesjähriges Vor gehen, das eigentlich als das erste seit dem letzten der Zillige bezeichnet werden kann, hat trotz der schwachen Beteiligung der Kollegen die Meister veranlaßt, es nicht aufs Neuerste ankommen zu lassen, sondern auf Verhandlungen mit uns einzugehen. Hierbei wurden ver einbart: Befristung der Arbeitszeit von 7-8 Uhr mit ½-stündiger Mittagspause. Für Maler resp. tüchtige Liniere ein Minimallohn von 40 Pfsg. für Anstreicher konnte ein solcher nicht festgesetzt werden, da die Meister sich weigerten, weil es sich nur um „Hilfsarbeiter“ handle, einen solchen anzuerkennen. Für Landarbeit 1 Mr. Bulage resp. volle Entschädigung der Bergstufen. Am Tage vor Ostern und Pfingsten um 4 Uhr Peterabend bei voller Bezahlung. Sonntags von 7-4 Uhr voller Tagelohn. Auszahlung Samstags von Punkt 6 Uhr ab. So bescheiden das hier Errungene ist, so wird es aber doch nicht möglich sein, dasselbe zu Gunsten der Kollegen zur Durchführung zu bringen, wenn es nicht gelingt, die Laufheit der Augsburger Kollegen zu brechen und die selben der Organisation zuzuführen. Das gute Unternehmen, von dem die Meister ja viel reden, bedeutet — aus der Sprache der Meister ins gute Deutsch übersetzen — schrankenlose Ausbeutung der Kollegen bei blindem Gehorsam; es wird in dem Augenblick gefürt, wo sich der Kollege anfechtig macht, sein gutes Recht zu fordern. Darum schließen wir uns der Mahnung unserer Meister an: „Kollegen Augsburgs, organisiert Euch“, tretet ein in unsere Reihen!

Bauern. Folgender Tarif wurde den Meistern unterteilt: 1. Die Arbeitszeit ist in den Monaten April bis September eine zehnstündige, von 7 bis 1 Uhr; ½ Stunde Frühstück, 1½ Stunden Mittag und 1½ Stunden Besper. Die übrigen Monate 1 Stunde Mittagszeit. 2. Eine der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechende 10 prozentige Lohn erhöhung der bestehenden Lohnsätze. 3. Einen Minimallohn von 35 Pfsg. für jüngere Gehilfen. Erst Ausgelernte nicht weniger als 30 Pfsg. pro Stunde. Anstreicher 10 Pfst. weniger für Leistungsfähigere entsprechend mehr. 4. Auslösung bei Landarbeiten, wo man genötigt ist zu übernachten, 1 Mr. 50 Pfsg. bei näheren Orten 75 Pfsg. Fahrgeld wird vergütet. Rückfahrt bis zu 1 Mr. jede Woche, über 1 Mr. alle 14 Tage. Die Entfernungszahl zählt als Arbeitszeit. 5. Über-

kunden und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden, jedoch bei dringenden Arbeiten einen angemessenen Aufschlag zu gewähren. Vorstehender Tarif wird beiderseitig unterschriftlich anerkannt und in jeder Werkstatt sichtbar ausgehängt. Es ist jetzt für die Unorganisierten, welche sich hier befinden, höchste Zeit, sich unserer Organisation anzuschließen, um baldigst unsere Forderungen bewilligt zu erhalten.

Gießen. 120 Kollegen stehen jetzt 4 Wochen im Kampf. Die Meister leisten sich in wüsten Schimpfereien und Drohungen das Großmögliche und verlügen mit den treugebliebenen Arbeitswilligen weiter zu wüsteln. Unsere Aufgabe ist es, auszuholzen, bis eine beiderseitige Einigung stattgefunden hat und unsere Organisation gestärkt aus dem Kampf hervorgeht.

Dresden. Zwei öffentliche Versammlungen fanden am 16. Mai in der "Deutschen Eiche" (Striezel) und am 22. im "Kolosseum" (Neustadt) statt. An ersterer, welche leider nur schwach besucht war, referierte Genosse Block unter Beifall über "Darwinismus". Unter "Gewerkschaftliches" wurden u. a. verschiedene Vorkommnisse bei Meistermeister Herte beschrieben, welche ein recht eigenartiges Licht auf diese Werkstätte im Allgemeinen werfen, wie auch besonders auf die Ansichten des betreffenden Herrn bezüglich der Pflichten, welche er seinen Lehrlingen gegenüber zu erfüllen hat. In der zweiten Versammlung, die verhältnismäßig gut (von circa 100 Kollegen) besucht war, referierte Genosse Niem über "Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung" in beispieliger Weise. Seine Ausführungen ergänzte, Bezug nehmend auf unsere speziellen, recht bessungsbedürftigen Verhältnisse, noch Kollege Streine in kurzen Worten. Unter "Gewerkschaftliches" wurde hier das unqualifizierbare Verhalten eines Kollegen seinen Nebenkollegen gegenüber zur Sprache gebracht, welche Angelegenheit der "Agitations-Kommission" zur näheren Untersuchung übergeben wurde. Zum Schluss wurde aufgefordert, etwaige Missstände bezüglich der Lehrlingsausbildung, besonders wenn die Lehrlinge des östlichen Markthoferdienstes verrichten müssen, dem Lehrlings-Ausschuss anzuziehen.

Leipzig. In der Einzelmitglieder-Versammlung, die am 26. Mai im "Burgenhof" stattfand, wurde zunächst von den Kollegen Scherzer der Bericht der Bibliothekskasse gegeben, der mit der Aussöhnung schließt, daß die Bücher entliehenden Kollegen bei der Rückgabe der Werke pünktlicher vorgefahren möchten. Der Vertretermann bleibt bekannt, daß auf sein an Herrn Meistermeister Bosse gerichtetes Schreiben, betr. der in der Werkstätte des genannten herrschenden Missstände, nach nochmaliger Aussöhnung endlich die Antwort eingegangen sei.

Darin wird zugestanden, daß einmal Arbeitserarbeit getilgt worden sei, im übrigen aber keine Missstände vorhanden wären. In der sich anschließenden sehr lebhaften Debatte wurde, nachdem der Versuch des Kollegen Bosse, seinen Vater zu verteidigen, gänzlich mißglückt war, das Verhalten des Meisters Bosse von sämtlichen Rednern entschieden verurtheilt. Kollege Ließ konstatierte, daß die nur einmal vorgekommene Arbeitserarbeit eben jetzt, und zwar im Neubau des Blaupieler Konsumvereins, gemacht werde, während Kollege Grüner bekannt giebt, daß einem bei Bosse in Arbeit gewesenen Kollegen der Fassadenzuschlag nicht gezahlt wurde. Die Kollegen Kaufmann und Bonin kritisieren ebenfalls scharf, daß in dieser Werkstätte eine unserer seit langer Zeit angestrebte Hauptforderung, die Abschaffung der Arbeitserarbeit, nicht beachtet wurde und dies von einem Mann, der als Vorsitzender des Arbeitervereins ein in der Arbeiterbewegung so wichtiges Vertrauensamt inne habe. Des ferneren bringt Kollege Nitsch den Ausschluß bei der Firma Otto, Halleische Straße, zur Sprache und fordert die Kollegen dieser Werkstätte auf, über den Stand der Angelegenheit Aufschluß zu geben. Dies geschieht durch Kollegen Ernst, nach dessen Angabe fünf Männer ausständig geworden seien infolge Verweigerung des Fassadenzuschlags und Nichteinhaltens der neunstündigen Arbeitszeit. Das Vorgehen der Kollegen dieser Werkstätte wurde insofern genehmigt, als sie nach den früheren Versammlungsbeschlüssen verpflichtet waren, sich vor jeder derartigen Arbeitseinstellung mit dem Agitationsteam in Verbindung zu setzen. Endlich wurde noch Klage geführt über die Werkstätte von Balz & Hofmann, Connewitz, wo ebenfalls der Tarif durchbrochen worden sein soll.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der 4. internationale Textilarbeiterkongress findet vom 18. bis 20. Juli in Berlin statt.

Zu einem Arbeitserkretariat soll in Köln das Auskunftsbüro der "Rhein. Stg." ausgebaut werden und die Eröffnung 1901 erfolgen. Die Gewerkschaften zahlen pro Mitglied wöchentlich 3 Pf. die Partei einen festen Zuschlag.

Die Glasschleifer in Berlin haben sich mit dem Arbeitgeberbund verständigt. Die Organisation der Glasschleifer wurde anerkannt und die Aussperrung aufgehoben.

In Karlsruhe endete der Ausschluß der Straßenbahner durch die Vermittelung des Einigungsamtes vom Gewerbericht. Die gestellten Forderungen wurden bewilligt.

Die Hannoversche Straßenbahndirektion hat bis in die weitesten Kreise hinein Aufregung erregt durch die erfolgte Maßregelung. Nach den stattgefundenen Verhandlungen werden die Angestellten in einer Versammlung entscheiden, ob sie mit dem Gebotenen sich zufriedengeben.

In Bützow wurde ein Maurer, der im vorigen Jahre mit einem Arbeitswilligen in Konflikt geraten sein sollte, inzwischen aber abgereist war, nach seiner erfolgten Rückkehr vom Arbeitsplatz weg verhaftet, mit einem Strickleiter gefesselt ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht und dort 14 Tage in Untersuchungshaft gehalten. Die Anklage lautete auf Nötigung und verlachten Todtschlag. Das Ergebnis der hierauf abgehaltenen Hauptverhandlung war — Freiprechung, da der Angeklagte an dem fraglichen Vorgange völlig unbeteiligt war.

Über Mängel an Arbeitskräften im Bäckerelgewerbe hört man öfters Klage führen. Über ist das zu verwundern, wenn sich zahlreiche Bäckergehilfen weigern, unter oft menschenunwürdigen Verhältnissen weiter zu arbeiten? Viele Bäckergehilfen erwählen einen anderen Beruf und Lehrlinge sind mit Aufwendung großer Kosten nur noch durch Agenten zu beziehen.

Das Erwachen des Massenkampfes unter den katholischen Arbeitern läßt sich für die Dauer auch nicht mit Papuzei und Krummstab aufhalten, es müssen sich die christlichen Gewerkschaften durch den Druck ihrer Gesellschaft entscheiden, das Prinzip des Massenkampfes anzuerkennen, wie aus einem Flugblatt zu entnehmen ist, das in Fulda der Vorsitzende der christlichen Maurer im Verein mit dem Generalsekretär herausgegeben hat:

Achtung! Maurer und Bauarbeiter Achtung! von Fulda und Umgegend!

Kollegen! Fast drei Monate sind vergangen, seitdem wir an die Unternehmer mit dem Wunsche, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen mit uns zu vereinbaren, getreten sind! Unsere ganzen Bemühungen, uns einen einigermaßen auskömmlichen Lohn und bessere Fürsorge für unsere Gesundheit und Leben zu sichern, sind an dem "Herrenstandpunkt" der hiesigen Unternehmer gescheitert. Nun liegt es an uns, Kollegen, zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns als geflügelte Werkzeuge einzelner "Geldmänner" behandeln zu lassen, sondern daß wir über unsere Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden wollen. Durch unser Verhalten in dem zu erwartenden Kampf werden wir zu entscheiden haben, ob uns, wie bisher, für unsere mühevollen Arbeit ein Lohn gezahlt wird, der kaum für eine Person zum Lebensunterhalt hinreichend ist, oder ob wir ein Einkommen erzielen, wovon sich auch unsere Kinder den Hunger stillen können. Die Stunde der Entscheidung über unsere wirtschaftliche Zukunft wird bald schlagen. Da wird es heißen: entweder werden die schlechten Löhne und Arbeitsverhältnisse etwas aufgebessert, oder wir werden weiter zu einem menschenunwürdigen Dasein verdammt. Entweder werden wir eine Arbeitszeit erlangen, welche es ermöglicht, uns auch eine Stunde der Familie zu widmen, oder man wird uns durch zwölf- und mehrstündige Arbeitszeit noch tiefer herabdrücken, damit wir nicht Zeit gewinnen, über unser Elend nachzudenken. Kollegen! Seid Ihr gewillt, bessere Zustände herzuzuführen? Nun, das seid Ihr Euren Kindern, Euch selbst und der menschlichen Gesellschaft schuldig. Darum haltet fest zusammen in den kommenden Tagen der Stürme. Gibt den Herren, die Euch nach Willkür die Lohn- und Arbeitsbedingungen dictieren, am 13. Mai die gebührende Antwort. Nochmals ist den Arbeitgebern die Hand zum friedlichen Vergleich geboten worden; sollten sie auch da den Arbeitern keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, nun dann zeigt, was eine festgeschlossene Arbeiterschaft zu erreichen im Stande ist. Tretet ein in den Kampf für Gerechtigkeit! Gerechtigkeit wollen wir, nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Dieser Aufruf unterscheidet sich in nichts von der Sprache, wie sie die klassenbewußten Arbeiter anwenden. Auch die Wirkung ist die gleiche gewesen. Die christlichen Bauarbeiter von Fulda sind in den Ausschluß getreten und die klerikalen Unternehmer erklären ihren Parteigenossen den Krieg. Das katholische Blatt in Fulda verweigerte die Aufnahme von Büchern im Interesse der Bauarbeiter. Dafür liest es den christlichen Arbeitern grimmt den Text:

"Wir sind jederzeit für das Recht der Arbeiter, zur Hebung ihrer Verhältnisse sich zu vereinigen, eingetreten und wir haben uns gefreut, als hier in Fulda, um der sozialdemokratischen Agitation den Boden zu entziehen, eine Organisation der Arbeiter auf christlicher Grundlage in die Wege geleitet wurde. Um so mehr müssen wir es bedauern, daß jetzt in diesem Flugblatt ein Ton angeklungen ist, wie er sonst nur in sozialistischen Blättern und Flugschriften üblich ist. Die maflosen Überreibungen des Flugblattes sind geeignet, der Arbeiterschaft die Sympathien ihrer wärmsten Freunde zu entziehen. Möge der verständige Theil der Arbeiterschaft sich durch solche rothen Flugblätter nicht zu unbestimmten Schritten und Beschlüssen verleiten lassen."

Während dessen sind die Fuldaer Maurer in den Streik eingetreten. Darüber berichtet die klerikale "Germania" in Berlin:

Fulda, 13. Mai. Die hiesigen Maurer und Bauhandwerker sind gestern in den Streik eingetreten. Die während der vierzehntägigen Kündigungsfrist durch Vermittelung des Oberbürgermeisters Dr. Antoni und des Professors Dr. Thielemann zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflogenen Unterhandlungen führten zu keinem Resultat, da Letztere auf der geforderten Lohn erhöhung bestanden, welche die Meister vor der Hand nicht bewilligen wollten. In allen anderen Punkten, so bezüglich des Lehrlingswesens, der Sonntags- und Nachtarbeit, wurden die Forderungen der Arbeiter anerkannt.

Unfall sich nun mit dem Erreichten zu begnügen, beschlossen hierauf die Arbeitnehmer auf die Rede des hiesigen Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften hin den Ausschluß, der für sie völlig aussichtslos ist, da die Arbeitgeber sich reichlichen Erfolg aus anderen Städten der Umgegend beschaffen könnten und die hiesigen Arbeiter kaum zur Hälfte organisiert, selbst nicht einzig sind.

Die Fuldaer Maurer werden nun einsehen, daß es auch bei klerikalen Parteigenossen keine Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern giebt. Alle Christlichkeit fliegt wie Spreu in die Luft und übrig bleibt der unverblümliche Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

Politik und Gewerkschaften. Recht interessant für die Art, wie die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften ihre gewerkschaftlichen Aufgaben auffassen, wie sehr gerade sie, die angeblich unpolitischen, Politik betreiben, ist die nachstehende Befreiung, die dem "Vorwärts" aus Schlesien zugeht: "Der Kreis Waldenburg steht jetzt unter dem Zeichen der Wahl. Kürzlich hatten nun die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften in Waldenburg eine Verbandsversammlung. In derselben sagte der Vorsitzende Rieger nach einem Hoch auf den Kaiser, daß er den Vorwärts, daß die Gewerkschaften die Vorläufer der Sozialdemokratie seien, energisch zurückweise. Er selbst und viele Mitglieder hätten den Fahnenfeld geschworen und als gleichzeitige Mitglieder von Kriegervereinen seien sie sich stets ihres Gutes bewußt und stehen jederzeit fest zu Kaiser und Reich. Ferner verwies der Redner auf den bekannten Redner, wonach Mitglieder des Gewerkschaftsverbands den Bestrebungen der Sozialdemokratie fernzubleiben haben. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl sei nur solchem Mann die Stimme zu geben, der der Sozialdemokratie vollständig fernstehe. — In der Versammlung des Gewerkschaftsverbands der Bergarbeiter verpflichtete der Vorsitzende die Mitglieder, eingedenk des Statuts der Gewerkschaften, nur solche Männer in den

Reichstag zu senden, die mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu thun haben. — Geßnel ändert sich nicht.

Der Bäckerstreit in Frankfurt a. M. wurde für beendet erklärt und über 28 Betriebe, welche die Vorbedingungen noch nicht bewilligt haben, die Sperrre verhängt. Folgende Resolution fand in einer Bäckerversammlung Annahme: "Verriedigt über den vollständigen Sieg, den wir bei unserer Lohnbewegung errungen haben und die gute Führung des Kampfes anerkennend, beschließt die Versammlung, über die 28 Bäckereien, welche die Vorbedingungen noch nicht bewilligt haben, die Sperrre zu verhängen."

Mit der Auflistung von Bauaussehern aus der Arbeiterklasse wird nun mehr in Bayern begonnen. Nachdem erst kürzlich in Kaiserslautern ein Zimmermann zum Bauausseher gewählt worden, soll nun mehr auch für den Kreisbezirk Ludwigshafen ein solcher aufgestellt werden. Als Vorbedingungen sind in dem Ausschreiben angegeben: Tadelloses Vorleben, praktische Erfahrung im Bauhandwerk, einige Gewandtheit mit der Feder.

Über den Metallarbeiterstreit in Budapest wird von dort berichtet: Da seitens der Direktionen der Ganzschen sowie staatlichen Maschinenfabrik die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt wurden, nimmt der Streit in beiden Etablissements immer größere Ausdehnung an. Man befürchtet den Eintritt eines allgemeinen Ausschlusses aller 6000 Arbeiter.

Internationale Streitstatistik. In Deutschland, Frankreich und England werden nach der internationalen Streitstatistik der Berliner Halbmonatschrift "Der Arbeitsmarkt" im Monat April 220 Ausschläge gegen 178 im März gezählt. In Frankreich hat die Anwendung der Arbeiterschutzreform Millerands zahlreiche Ausschläge zur Folge gehabt, die der Aufrechterhaltung bzw. der Erhöhung des alten für 12 Stunden gezahlten Lohns für den auf 11 Stunden verkürzten Arbeitstag gelten. In Boulogne bei Paris hat ein allgemeiner Ausschluß der Wascher und Wascherinnen stattgefunden. In diesem Orte wird fast die ganze schwangere Wäsche der französischen Hauptstadt gewaschen; die Kramenhäuser, Gefangenisse, Hotels und Restaurants geben vor Allem ihre Wäsche dorthin. Der Streit hat mit einem für die Ausschläge vortheilhaften Aussgleich geendet. Die Arbeitgeber bewilligten eine sofortige zehnprozentige Lohn erhöhung, weitere 5 % in zwei und noch einmal 5 % in vier Jahren. In den Baumwollspinnereien von Lille, Tourcoing und Roubaix kämpfen die Arbeiter um Lohn erhöhung. In Spanien ist die Ausschlußbewegung im April besonders lebhaft. Bei Santander feiern 8000 Grubenarbeiter, in Barcelona und Bilbao sämtliche Bediensteten der elektrischen Straßenbahnen und Omnibusse, in Madrid die Glas- und Bleiarbeiter, sowie die Wagengärtner, in Valencia die Gerber, in Oviedo die Steindrucker. Ganz besonders umfangreiche Ausschläge spielen sich auch in den Vereinigten Staaten ab. Im Pittsburger Kohlenrevier streiken etwa 30 000 Bergleute. In New-York haben 800 bis 1000 an den Wasserwerken beschäftigte Italiener die Arbeit niedergelegt. Weiter sind 3000 Angestellte der New-Yorker Centralbahn in Buffalo wegen Lohnunterschieden ausständig geworben.

Ein internationales Schneiderkongress findet in Paris vom 10. bis 14. September d. J. statt. Eine allgemeine Schneider-Fachzeitung "L'ouvrier Tailleur", die französischen und deutschen Text enthält, erscheint seit 20. Mai. Ullaß gab der Streit bei dem ersten Hause der Welt für Damenschneider, Doucet, der mit dem Siege der Arbeiter endigte.

Der Ausschluß für Arbeitsangelegenheiten im amerikanischen Repräsentantenhaus erstattete kürzlich Bericht über den Entwurf eines Achtundhundertgesetzes und empfahl denselben einstimmig zur Annahme. Danach hat jeder Lieferungsvertrag, den Regierungsbehörden abschließen und dessen Ausführung die Beschäftigung von Arbeitern bedingt, die Klausur zu enthalten, daß kein Arbeiter länger als acht Stunden beschäftigt werden darf. Die Übertretung dieser Bestimmung wird mit 5 \$ Doll. pro Arbeiter und Tag bestraft.

Im Mittig hat der Provinzialrat 1500 Frs. in das Jahresbudget eingesetzt, welche an die Gewerkschaften zur Unterstützung arbeitsloser Mitglieder zu verteilen sind. Also wenigstens die Erkenntnis von der bestehenden Misere des arbeitenden Volkes und der Versuch, zu lindern. So etwas kommt bei uns nicht vor.

Über die Bedeutung der Gewerkschaften in Dänemark schreibt O. Knudsen-Hohenhagen an den "Vorwärts" u. A.: "Der Achtstundentag hat begonnen hier in Dänemark zur vollendeten Thatache zu werden. Er ist durchgeführt in den kommunalen Gasanstalten und für den großen Stab der kommunalen Arbeiter. Er ist weiter durchgeführt in den corporativen Unternehmungen unserer Partei, den Genossenschaftsbäckereien. Seine Durchführung auch auf anderen Gebieten ist jetzt nur noch eine Zeitrage. Auf jeden Fall wird es nicht lange dauern, daß wir einen Schritt thun werden zur Verwirklichung unserer prinzipielle Forderung durch die allgemeine Durchführung und Anerkennung des neuordnenden Arbeitstages. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen haben einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Im Jahre 1896 hatten wir in unseren Gewerkschaftsverbänden 42 000 Mitglieder, 1898 70 000 und jetzt 1900, gelegentlich des eben abgeholdenen Gewerkschaftskongresses, zählten unsere Gewerkschaftsorganisationen 90 000 Mitglieder. Vergleicht man den jetzt in Dänemark herrschenden Arbeitslohn mit dem 1872 üblichen, da der Sozialismus noch in seiner ersten Kindheit war, so kommt man zu dem Resultat, daß wir den Arbeitern eine Lohn erhöhung von jährlich 40 Millionen Kronen erkämpft haben. Es war diese starke Entwicklung unserer Organisationen, welche die Kapitalisten durch ihre beispiellose Riesenaussperrung 1899 niedergeschlagen wollten. Ungefähr 50 000 Arbeiter wurden auf die Straße geworfen und sollten durch den Hunger aus ihren Organisationen und unter die Sklavenweite gezwungen werden. 17 Wochen hielten wir diesen Riesenkonflikt aus, welcher zur Unterstützung der Ausgebeuteten eine Summe von 2 814 377 Kronen (circa 3 152 100 Mt.) verbrauchte. Wir errangen den Sieg und unsere Organisationen gingen glücklich aus dem Kampfe hervor. Unter der Aussperrung zeigte die internationale Brüderlichkeit der Arbeiter eine ihrer schönsten Früchte. Von unseren Brüdern im Auslande erhielten wir die kolossale Summe von 678 117 Kronen (= 759 490 Mt.), davon aus Deutschland allein 285 750 Kronen (= 284 000 Mark). So weit war das internationale Gefühl ge-

